

#12: Die Globalisierung der Solidarität erlernen

Humanity needs to make a choice. Will we travel down the route of disunity, or will we adopt the path of global solidarity?

Yuval Noah Harari

Kann der Flügelschlag eines Schmetterlings in Brasilien einen Tornado in Texas auslösen?

Edward N. Lorenz

It is a malign version of the butterfly effect. Call it the bat effect.

Adam Tooze

Die Probleme können nur gelöst werden, wenn wir global denken, als wären wir eine riesige und pluralistische Nation, während unsere politischen, rechtlichen und mentalen Strukturen uns zwingen, gemäß unseren spezifischen Interessen zu denken und zu handeln – denen unserer Staaten, unserer Wähler*innen, unserer Unternehmen, unserer nationalen Finanzen.

Amin Maalouf

»Die Welt im Jahre 2035: Ein neuartiges Virus bricht aus, doch nach wenigen Monaten ist es eingedämmt. Wie das? Weil man die Lehren aus 2020 gezo-

gen hat. [...] Neben Anreizen zur frühen Meldung von Ausbrüchen hatte die internationale Gemeinschaft Mechanismen geschaffen, um Vertuschungsversuche aufzudecken und von den Regierungen Rechenschaft zu verlangen. [...] Im Zentrum der erfolgreichen Reaktion auf Flu-35 steht eine wirkungsmächtige und führungsstarke WHO. Ihre Empfehlungen werden von den Mitgliedern rasch umgesetzt und nicht – wie in früheren Fällen – belächelt und missachtet. [Eine Reform] stärkte das Mandat der WHO deutlich. So konnte die WHO nun bei Nichtbefolgung ihrer Empfehlungen und bei Verweigerung der Kooperation öffentlich Rechenschaft von den Mitgliedsstaaten verlangen. [...] Die WHO konnte auch deshalb schlagkräftig auftreten, weil ihre dramatische Unterfinanzierung nach der Covid-19-Pandemie beendet wurde. [...] Die WHO war nun in der Lage, wesentlich unabhängiger von Einzelinteressen der Mitglieder oder privater Akteure zu agieren.« (Braun 2020: 38-40).

Daniela Braun, Referentin bei der Konrad-Adenauer Stiftung, beschreibt in diesem *best-case*-Zukunftsszenario, wie eine solidarische Krisen- bzw. Pandemiebekämpfung auf globaler Ebene organisiert sein könnte. Sie weist damit indirekt, aber umso deutlicher, auf all die Defizite hin, die wir in der Covid-19-Krise erleben müssen.

Das Virus des Krisennationalismus: keine Erwachsenen im Raum?

Denn Corona hat uns den heutigen Zustand der Welt vor Augen geführt. »Die Pandemie ist das erste wahrhaft globale Ereignis in der Menschheitsgeschichte: Das heißt, dass alle Menschen von Covid-19 betroffen sind, es heißt aber auch, dass die Seuche Privilegien und Benachteiligungen offenbart.« (Krastev 2020) Der Schock war weltumspannend und beinahe überall gleichzeitig. Keine Pandemie verlief jemals so schnell und erreichte ein solches Ausmaß. Es ist daher keine Übertreibung zu sagen: Corona hat uns als Weltbürger*innen getroffen. Wir mussten alle den berühmten *Schmetterlingseffekt* erleben. Der Ausbruch einer Krankheit in einer chinesischen Stadt hat eine Pandemie rund um den Erdball ausgelöst. Was die eingefleischten Nationalisten stets leugnen und ignorieren, es hat sich anschaulich und unwiderlegbar gezeigt: Das Leben auf diesem Planeten bildet eine Einheit, und wir Menschen sind voneinander abhängig, im Guten wie im Schlechten. Wir sind alle verwundbar, wir sind alle auf einander angewiesen. Obgleich es kurzfristig manchen

Personengruppen oder Staaten gelingen mag, sich alleine, und vielleicht auch auf Kosten anderer, besser zu behaupten, langfristig und aufs Ganze gesehen kann uns nur unsere gegenseitige Solidarität retten. Wir bilden, ob wir das wollen oder nicht, eine irdische Schicksalsgemeinschaft. Noch präziser gesagt: »COVID-19 is a complex species-level crisis that can only be addressed through species-level cooperation.« (van Toorn 2020)

Aber Corona zeigt noch mehr: Wir haben globale Probleme erzeugt, aber keine globale Solidarität zustande gebracht. Unser Problembewusstsein hinkt schon die längste Zeit unserer objektiven Lage hinterher. Wir teilen auf dem gesamten Planeten das gleiche Schicksal, aber wir haben kein Bewusstsein von unserer Schicksalsgemeinschaft. Wir handeln nicht so, wie es unserer Lage entspricht. Und gerade in der Krise bekommen wir nun alle, nein: die übergroße Mehrheit von uns Erdenbürger*innen, die Nachteile einer Welt der Anarchie zu spüren, in der das Recht des wirtschaftlich und politisch Stärkeren herrscht.

»Hat nun die (Wieder-)entdeckung unserer Verwundbarkeit, das synchrone Gefühl der Angst und der Untätigkeit das Potential einer unerhörten Metamorphose: Werden wir das Gefühl einer menschlichen Geschwisterlichkeit von beinahe 8 Milliarden Körpern verspüren?«, fragt Quentin Hardy (Hardy 2020). Es sieht zunächst nicht danach aus. Eine konzertierte Weltinnenpolitik hätte die Ausbreitung des Virus verlangsamt und eingedämmt. Das Epizentrum der Pandemie im Frühjahr 2020, Europa, führte das besonders schmerzhaft vor Augen: Hätten die EU-Länder Italien, statt sich in ihre nationalen Schneckenhäuser zu verkriechen, mutig und großzügig geholfen, hätte die Corona-Bilanz Europas viel besser ausgesehen. Wie viele Menschenleben hätten gerettet werden können, wenn die noch gut gerüsteten Krankenhäuser Österreichs und Deutschlands sofort italienische Schwerkranke aufgenommen hätten? (vgl. Burchardt 2020)

Andere Autoren, wie etwa der Historiker und Anthropologe Yuval Noah Harari (*Financial Times*) betonen, dass die globale Kooperation für den wirtschaftlichen Wiederaufbau zumindest ebenso wichtig ist. In Übereinstimmung mit vielen Ökonomen weist er auf unsere gegenseitigen Abhängigkeiten hin, die nicht durch illusorische einseitige »Unabhängigkeitserklärungen« aus der Welt zu schaffen sind. Ökonomischer Egoismus rächt sich. Und dennoch ist es genau das, was gegenwärtig zu beobachten ist. Die Handelskriege zwischen Europa und den USA und vor allem zwischen den USA und China wurden sogar noch verschärft. Dazu wird ohne Scham mit Unterstellungen, *fake news* und Schuldzuschreibungen gearbeitet, um die eigenen Positionen

ideologisch zu unterfüttern – sowohl von Washington wie von Beijing. So kritisierte Yuval Noah Harari bereits im März 2020:

»A collective paralysis has gripped the international community. There seem to be no adults in the room. One would have expected to see already weeks ago an emergency meeting of global leaders to come up with a common plan of action.« (Harari 2020)

Einen solchen Plan gab es auch Monate, nachdem diese Zeilen geschrieben wurden, noch immer nicht.

Die wenigen globalen Mechanismen, die geschaffen wurden, um mit Krisen im internationalen Maßstab umzugehen – wie der UNO Sicherheitsrat –, wurden nicht genutzt. Die Weltgesundheitsorganisation WHO, für Pandemien zuständig, ist in dem Zustand, in dem die Staaten sie halten, viel zu schwach, um ihre Aufgaben zu erfüllen, worauf Daniela Braun mit ihrem »Blick in die Zukunft« hingewiesen hat. Mit ihrer Gründung 1948 ist sie die älteste UNO-Sonderorganisation, und sie hat sich in den über 70 Jahren ihres Bestehens große Verdienste um die Gesundheit gerade des ärmsten Teils der Weltbevölkerung erworben. Sie hat auch all ihre Mittel eingesetzt, um vor COVID-19 zu warnen und Hilfen bereitzustellen. Vielfach wurde zurecht kritisiert, dass sie die Versäumnisse der chinesischen Informationspolitik übergang und im Gegenteil China sogar für seine Transparenz dankte. Aber dazu muss man wissen, dass die Organisation chronisch unterfinanziert und in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist. Die Mitgliedsstaaten kommen nur für rund 20 Prozent des Budgets auf. Dies ist das Geld, mit dem die WHO fix rechnen und über das sie frei verfügen kann. Die restlichen 80 Prozent kommen von (privaten) Donors, wobei die *Bill and Melinda Gates Foundation* bei weitem der größte ist. Diese freiwilligen Zuwendungen gewähren keine so große Planungssicherheit und sie sind meist auch an Auflagen gebunden, wofür sie ausgegeben werden dürfen. (Harmer 2018) Insgesamt ist das Zweijahres-Budget der WHO mit rund 4,8 Milliarden Euro um etwa 2 Milliarden Euro niedriger als das, was allein die amerikanische Gesundheitsbehörde *US Centers for Disease Control and Prevention* jährlich zur Verfügung hat. (Gostin 2020) Daraus kann man die völlig inadäquate Finanzierung der WHO leicht ermaßen. Erst diese Schwäche führt dazu, dass ihre Führungsriege sich sehr schwer tut, Regierungen zu kritisieren, auf deren Geld sie angewiesen ist. Wenn nun die USA, statt die Behörde zu stärken, unter dem Vorwand der China-Lastigkeit der WHO ihre Zahlungen einstellen und aus der WHO austreten, so verschärft das nur die schon bestehenden Probleme und verstärkt

die Abhängigkeit von Staaten wie China. Wenn Staaten des reichen Nordens die WHO schwächen, so schwächen sie eine Organisation, deren Hauptverdienst eben in der Unterstützung der ärmeren und ärmsten Teile der Weltbevölkerung liegt. Das ist das genaue Gegenteil von globaler Solidarität.

Es lässt sich also ein paradoxer Befund festhalten: Einerseits hat die Krise gezeigt, dass es viel zu wenige und zu schwache transnationale Mechanismen gibt, mit ihr fertig zu werden. Andererseits wurden sogar die wenigen existierenden Mechanismen kaum genutzt, und sie wurden, im Laufe der Krise, sogar geschwächt. Der weltpolitische Widerstreit hat wieder einmal über die Idee des Zusammenhalts und der gegenseitigen Hilfe die Oberhand gewonnen. Mehr noch: Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Akteure sieht sogar in der Globalisierung das eigentliche Übel, und damit ist nicht gemeint, dass die Globalisierung eher den stärkeren und reicheren Ländern zugutekommt, sondern es geht um die Idee der globalen Vernetzung zu einer Weltgesellschaft selbst. Vertreter*innen dieser Richtung wollen bloß alle Vorteile der Globalisierung nutzen, ohne deren Nachteile in Kauf zu nehmen. Manche geben sich sogar Phantasien von nationaler Autarkie hin und ignorieren dabei die Tatsache, dass nicht einmal die mächtigsten und reichsten Staaten der Welt in der Lage waren, die Ausbreitung der Pandemie von ihrem Land fernzuhalten. Nun besteht kein Zweifel, dass es sinnvoll ist, gewisse extreme Formen der internationalen Arbeitsteilung zu überdenken, um etwa Medikamente nicht ausschließlich aus internationalen Quellen beziehen zu müssen. Und alle ökologischen Bewegungen fordern schon seit langem zurecht, dass wir Nahrungsmittel hauptsächlich aus der eigenen Umgebung konsumieren sollen, was wesentlich zur Reduktion der Umweltbelastung beitragen würde. Diese vernünftige Rücknahme von Auswüchsen der Globalisierung ist aber nicht zu verwechseln mit der Aufkündigung der ohnehin nur in Ansätzen vorhandenen internationalen Solidarität.

Wo die Gefahr wächst, wachsen auch die Ungleichheiten

Die Gründe für diesen eklatanten Widerspruch zwischen der Notwendigkeit der Solidarität und ihrem offensichtlichen Nicht-Vorhandensein sind vielfältig. Aber einer steht im Vordergrund: Die Pandemie trifft zwar alle, aber längst nicht alle gleich. Und sie verschärft sogar die Gegensätze zwischen Arm und Reich, wie zahlreiche Beispiele aus vielen Ländern zeigen.

Solange aber bei den *happy few* (jeden Landes) die Hoffnung dominiert, zumindest kurzfristig besser als die anderen wegzukommen, wird es keine Solidarität geben. Die schamlose offensive Verteidigung der eigenen Privilegien auf Kosten anderer wird wieder gesellschaftlich akzeptabel: Wenn zu wenig da ist, dann Schluss mit dem Gesäusel von der Gleichheit aller Menschen, dann müssen wir danach trachten, dass wenigstens wir selbst etwas bekommen. Mögen die anderen sehen, wo sie bleiben. Das hat sich zu Beginn der Coronakrise im unwürdigen Wettkampf um die noch rare Schutzausrüstung erwiesen, wo Deutschland die USA beschuldigte, das Land beim Kauf von Schutzmasken ausgestochen zu haben, während es zugleich dem wesentlich stärker betroffenen Italien jede Hilfe verweigerte und medizinisches Equipment wegschnappte.

Der (nationale) Egoismus zeigt sich aber auch in subtileren Formen. Er beginnt schon mit unserer Wahrnehmung bzw. der medialen Berichterstattung über die ›Anderen‹ in der Krise. Es interessiert uns offenbar nur, ob wir selbst gut aus der Krise aussteigen, wobei dieses ›Wir‹ selten den europäischen Horizont überschreitet. Bei der Betrachtung der nichtwestlichen ›Anderen‹ schwanken wir zwischen einer Ignoranz gegenüber ihren Fähigkeiten, mit der Gesundheitskrise klar zu kommen und der Gleichgültigkeit gegenüber ihren Schwierigkeiten, die wirtschaftlichen Folgen abzufangen. So waren wir erstaunt, dass manche Länder außerhalb unseres westlichen Umkreises, die doch ein viel weniger entwickeltes Gesundheitssystem haben, die Krise teilweise sogar besser meistern konnten. Da die Behörden in diesen Ländern bereits Erfahrungen mit anderen Epidemien hatten, konnten sie schneller und adäquater reagieren. Und das, obwohl in vielen Regionen kein Lockdown und auch kein so genanntes *social distancing* möglich ist, aus technischen wie auch aus ökonomischen Gründen. Das bedeutet aber nicht, dass damit auch die wirtschaftlichen Folgen eher zu bewältigen wären. Im Gegenteil. In einer gemeinsamen Erklärung warnten die Direktoren der FAO (UN-Organisation für Nahrung und Landwirtschaft), der WHO (Weltgesundheitsorganisation) und der WTO (Welthandelsorganisation) bereits Anfang April 2020 vor einer drastischen Lebensmittelknappheit im Gefolge der Coronakrise, falls diese nicht umsichtig und solidarisch gemanagt werde. (Asharq Al-Awsat, 2020)

Mit dem üblichen Tunnelblick der europäischen politischen Klasse, die sich nur dafür interessiert, ob die Krise zu einem Ansturm unerwünschter Menschen führt, die vor dem Hungertod und politischer Gewalt fliehen, kann diesen drohenden Szenarien nicht wirksam begegnet werden. Wir brauchen

daher einen Paradigmenwechsel bereits in der Wahrnehmung der Welt, dem ein politischer Paradigmenwechsel folgen muss.

Weltinnenpolitik

Für diesen Paradigmenwechsel ist das Konzept der *Weltinnenpolitik* ein wichtiger, wenn auch kein ausreichender Baustein. Der Vorstellungsrahmen für das Politische war lange Zeit die (als homogen gedachte) Nation; heute hingegen leben wir längst in multikulturellen Einwanderungsgesellschaften, was bereits den Vorstellungsrahmen deutlich erweitert und damit die Tatsache zum Skandal macht, dass große Teile der Wohnbevölkerung über keine oder nur sehr eingeschränkte politische Rechte verfügen. Doch seit die Staaten nicht mehr die einzigen Akteure einer globalen Ordnung sind, muss der Rahmen nochmals ausgedehnt werden. Der deutsche Physiker, Philosoph und Friedensforscher Carl Friedrich von Weizsäcker hat den Begriff *Weltinnenpolitik* in seiner Dankesrede zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels im Jahre 1963 erstmals präsentiert. Das geschah an einem Höhepunkt des Kalten Krieges, vor dem Hintergrund der drohenden gegenseitigen atomaren Vernichtung der Weltmächte. Das heißt, dass Weizsäcker die existenzielle Bedrohungslage der Welt zum unbedingten Ausgangspunkt aller Politik gemacht hat. Und dies gilt umso mehr angesichts von anderen menschengemachten Bedrohungen wie dem Artensterben, dem Klimawandel, aber auch von Pandemien wie Corona. (Vgl. z.B. Bartosch 1995) Weltinnenpolitik bedeutet nun dreierlei:

- Vorhandene Probleme als gemeinsame Herausforderungen der Menschheit wahrzunehmen, um entsprechend handeln zu können; das heißt auch, wenn Schwierigkeiten in einer bestimmten Region auftreten, diese als Probleme der gesamten Weltgesellschaft zu betrachten;
- Die gleichen Prinzipien der Demokratie und des gewaltlosen regelgeleiteten Umgangs mit Interessenskonflikten, wie sie in der Innenpolitik demokratischer Staaten üblich sind, auch auf globaler Ebene anzuwenden; die jeweils Stärkeren dürfen also ihre Stärke nicht gegen andere ausspielen, sondern müssen im Gegenteil zu mehr Solidarität bereit sein; alle Menschen, egal welcher Herkunft, müssen dort, wo sie leben, gleichberechtigt am politischen Leben partizipieren dürfen;

- Und schließlich der Aufbau von gemeinschaftlichen Organisationsformen unter teilweiser Abgabe von Souveränität. Die UNO kann diesbezüglich als eine Keimzelle, aber noch nicht als vollendetes Modell betrachtet werden. Andere Formen der Organisation wie internationale Regime, Verträge und Abkommen, können solche Aufgaben bislang ebenfalls nur teilweise erfüllen.

Unter dem Eindruck der Coronakrise gibt es auch im politischen Establishment Stimmen, die sich dieses Konzept zu eigen gemacht haben – etwa den deutschen Entwicklungsminister Gerd Müller, für den die Pandemie ein »globaler Weckruf zur Zusammenarbeit« ist. Er befürwortet die Einrichtung eines »Weltkrisenstabs«, geleitet vom UN-Generalsekretär António Guterres. Er solle internationale Hilfsorganisationen in enger Abstimmung mit Institutionen wie Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) koordinieren. (Der Spiegel, 04.04.2020) Diese Formen der internationalen Zusammenarbeit werden heute meist unter dem Stichwort *Global Governance* diskutiert.

Global Governance oder Aufbau von Gegenmacht?

Global Governance als Sammelbegriff für alle transnationalen Steuerungsmechanismen wird als Alternative zum Unilateralismus der Supermacht USA und zu den diversen Nationalismen gepriesen.

»Die leitenden Motive sind Wiedergewinnung staatlicher Steuerungsfähigkeit durch internationale Kooperation, die Gestaltung der Globalisierung (betont werden kooperative Handlungsmuster) oder die ›Wiedereinbettung‹ der globalisierten Ökonomie (wo auch Konflikte eine Rolle spielen).« (Brand et al. 2000: 96)

Allerdings ist *Global Governance*, genauso wenig wie die Idee von Weltinnenpolitik, von sich aus bereits ein Instrument für die sozialen Transformationen, die in den vorigen Kapiteln angesprochen wurden. So wie sie gegenwärtig praktiziert wird, ist *Global Governance* bloß ein weiteres Instrument der bestehenden Politik, auch wenn ihren Vertreter*innen nicht abgesprochen werden soll, dass sie damit Pläne für mehr Interessenausgleich zwischen den Staaten bzw. ökologische Reformen anstreben. *Global Governance* ist jedenfalls nicht das, wofür dieser Steuerungsmechanismus oft ausgegeben wird – ein Zauberwort für soziale Transformation. Ohne Veränderung von Macht-

verhältnissen dominieren weiter die alten Strukturen. Ulrich Brand spricht deswegen von der Notwendigkeit des Aufbaus einer Gegenmacht, die neue Formen einer demokratischen Weltinnenpolitik erst entwickeln wird:

»Der Aufbau von Gegenmacht von unten versucht verschiedene Machtressourcen (symbolischer und materieller Art) zu organisieren und zu bündeln: legale Proteste wie Demonstrationen, ziviler Ungehorsam, Beschwerden oder öffentliche Aufrufe, Streiks, bewusste Regelverletzungen und Verweigerungen aus Gewissensgründen oder das Aufzeigen konkreter Alternativen. Dazu gehört die Entwicklung einer entsprechenden Infrastruktur. Hier sind unabhängige Medien und Kommunikationsstrukturen sowie alternative Öffentlichkeiten wichtig. Dabei können durchaus auch traditionelle Organisationen oder Fraktionen von ihnen Teil einer Gegenmachtstruktur sein, ebenso wie Teile staatlicher Institutionen (etwa des akademischen Sektors) oder politischer Stiftungen.« (Brand et al. 2000: 191)

Soziale Bewegungen: auf dem Weg zur einer global civil society?

Nicht nur Brand spricht der Zivilgesellschaft und insbesondere (internationalen) Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs und INGOs) eine wesentliche Rolle bei der Demokratisierung von *Global Governance*-Konzepten zu. In den rund 30 Jahren, seit die amerikanische Friedensforscherin Elise Boulding in ihrem Buch *Building a Global Civic Culture: Education for an Interdependent World* (1988) erstmals eine Bilanz über die bedeutende weltweite Rolle der NGOs gezogen hat, ist ein explosionsartiges Anwachsen der zivilgesellschaftlichen Institutionen zu verzeichnen. Ihre Dimensionen und ihre Bedeutung können daher hier nur angedeutet werden.

Zunächst muss man sich bewusst sein, dass es sich bei *Zivilgesellschaft* um eine vage und sehr umfassende Begrifflichkeit handelt. Es werden damit sehr heterogene Organisationen mit oft konträren politischen Ideologien und sehr unterschiedlichen Beziehungen zur jeweiligen politischen Macht angesprochen. Die Palette reicht von UN-nahen Organisationen, etwa der internationale Arbeitsorganisation ILO, bis zu spezialisierten nationalen (NGOs) oder internationalen Nicht-Regierungsorganisationen (INGOs). Dabei lassen sich innerhalb des progressiven Teils der NGOs karitative, reformorientierte wie auch Organisationen unterscheiden, die große gesellschaftliche Transformationen anstreben, wobei die entsprechende Zuordnung bei INGOs wie

Amnesty, Ärzte ohne Grenzen, Greenpeace, Oxfam oder etwa der Schriftsteller*innen-Vereinigung PEN und anderen nicht immer ganz eindeutig ist. Eine wichtige und besonders in Europa viel zu wenig beachtete Rolle spielen auch thematisch fokussierte Verbünde wie das *People's Health Movement* (PHM), ein weltweites Netzwerk aus Netzwerken, bestehend aus *grassroots* Gesundheitsaktivist*innen, Organisationen der Zivilgesellschaften und akademischen Einrichtungen aus aller Welt, vor allem aus rund 70 Ländern mit niedrigem und mittleren Einkommen. Die sehr breit gefächerte Arbeit dieses Netzwerks stützt sich auf die *People's Charter for Health* (PCH), ein Referenzdokument, das »eine Welt, in der ein gesundes Leben für alle Realität ist« fordert (The People's Health Movement 2000). An einer »Gegenmacht« arbeiten jedenfalls Organisationen wie *Attac*, Plattformen wie das *World Social Forum* (seit 2001), das *World Social Forum of Transformative Economies* (ein jährliches Treffen der globalen Zivilgesellschaft)¹ ebenso wie die mit ihnen kooperierenden Think-tanks wie etwa *Systemic Alternatives*², *The Great Transition Initiative*³ oder *contra el diluvio*⁴, um nur drei Beispiele zu nennen. Sie stützen sich auch auf Plattformen und Medien, die an einer kritischen Gegenöffentlichkeit arbeiten. Als Beispiele können die kritische publizistische Website *The Intercept*⁵, die in mehreren Sprachen erscheinende Monatszeitschrift *Le Monde Diplomatique*⁶ oder der *Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales* (CLACSO)⁷ genannt werden, der fast 200 Forschungsinstitute in den meisten Ländern Lateinamerikas umfasst.

Eine deutsche Studie aus dem Jahr 2016 bescheinigt der globalen Zivilgesellschaft generell,

»dass trotz wesentlicher Schwachstellen wie des Legitimitätsdefizits, der vielschichtigen Abhängigkeiten und der Ungleichheit im Nord-Süd-Gefälle die Transnationale Zivilgesellschaft eine essentielle Rolle in der Global Governance wahrnimmt. Sie führt zu mehr Effizienz in Governance-Strukturen, fördert demokratische Prozesse, schafft mehr Transparenz in internationalen Verhandlungen und leistet somit einen Beitrag zu einer

1 <https://transformadora.org/en/inici>

2 <https://systemicalternatives.org/about/>

3 <https://greattransition.org/>

4 <https://contraeldiluvio.es/quienes-somos/>

5 <https://theintercept.com/>

6 <https://www.monde-diplomatique.fr/>

7 <https://www.clacso.org/>

gerechteren Welt – ein Hoffnungsträger also im globalen Mächtekonzert.«
(Jonjic/Manzanza Kazeka/Metten/Tietgen 2016: 1)

Das klingt sehr anerkennend, und der Befund trifft wohl auch auf viele Organisationen zu. Zweifelsohne ist die Zivilgesellschaft als »Hoffnungsträger« zu werten. Dennoch ist die Beschränkung ihrer Rolle auf die *Global-Governance*-Strukturen und damit auf das bestehende politische Paradigma eine ungerechtfertigte Reduktion ihres Potentials. Schon heute reicht die Arbeit vieler der genannten Organisationen über den Rahmen eines neoliberalen (Welt-)Systems deutlich hinaus. Es ist ganz wesentlich, dieses transformative Potential vieler NGOs und INGOs bzw. von deren Netzwerken zu erkennen.

Doch gilt es auch hier schrittweise vorzugehen. Vielleicht könnte ein ausgebauten System von *Global Governance* unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft neue Spielräume für weitergehende und darüber hinaustreibende Ziele öffnen.

Gerade die Covid-19 Krise hat viele systemkritische Organisationen der Zivilgesellschaft beflügelt, ihre Ziele noch deutlicher zu formulieren, sich besser (global) zu vernetzen und ihrem Anliegen eines *Systemwandels* statt kleiner Reformen noch deutlicher Ausdruck zu verleihen. Diese Bestrebungen sind anhand einiger Dokumente ablesbar, die im Frühjahr 2020 entstanden sind.

Hier seien nur einige herausragende Beispiele genannt, die noch nicht für die Stärke, wohl aber für den Bewusstseinsstand einer global vernetzten Zivilgesellschaft stehen: das *Manifiesto por una nueva normalidad/Manifiesto for a New Normality* (Manifiesto 2020), initiiert vom *Consejo latinoamericano de investigación para la paz* (CLAIP) und getragen von Dutzenden Organisationen und einer noch größeren Zahl an Einzelpersonlichkeiten weltweit; das *COVID-19 Global Solidarity Manifesto* (2020), das in 20 Sprachen vorliegt, und das auch auf das *Cross-Border Feminist Manifesto* verweist, das von 26 Organisationen aus Europa sowie aus Nord- und Südamerika initiiert wurde. Die Zivilgesellschaft ist seit längerem in einer Phase der globalen Selbstverständigung über Ziele und Methoden einer *Großen Transformation*, daher erklärt sich auch der häufige Einsatz von Dokumenten, die einen programmatischen oder Manifestartigen Charakter aufweisen. Sie dienen einerseits der Formulierung einer gemeinsamen Linie, auf die sich die unterschiedlichen Akteure verständigt haben, und sind andererseits ein Appell, oft auch an das politische Establishment, zumeist aber an die Zivilgesellschaft selbst, in diesem Sinne zu handeln. Das vielleicht bekannteste Beispiel ist das *Konvivialistische Manifest* (2013, deutsch 2014), dem 2020 eine Fortsetzung, *Das zweite konvivialistische Manifest*,

folgte. Es ist ein klares Programm für eine planetare Denkweise und für friedliche Formen des Zusammenlebens.

Das planetare Denken in ausgewählten programmatischen Dokumenten

- 1975 Ivan Illich: Tools for Conviviality
- 1979 Hans Jonas: Das Prinzip Verantwortung
- 1990 Michel Serres: Le contrat naturel | Der Naturvertrag
- 1993 Maria Mies/Vandana Shiva: Ecofeminism
- 1993 Edgar Morin/Anne-Brigitte Kern: Terre Patrie | Heimatland Erde
- 1993 Hans Küng: Erklärung zum Weltethos
- 2000 Earth Charter Initiative: The Earth Charter
- 2001 Michael Löwy/Joel Kovel: Manifeste écosocialiste international
- 2010 Alejandro Guillén (Hg.): Retos del Buen Vivir
- 2013 Alain Caillé et al.: Das konvivialistische Manifest
- 2015 Papst Franziskus: Enzyklika Laudato si'
- 2016 Marc Augé: Die Zukunft der Erdbewohner
- 2017 Pablo Solón: Systemic Alternatives
- 2017 Bruno Latour: Das Terrestrische Manifest
- 2020 Die Konvivialisten: Das zweite konvivialistische Manifest

Die hier genannten Manifeste, und speziell diejenigen, die anlässlich der Covid-19 Krise entstanden sind, formulieren klare Prinzipien für eine gerechtere Weltordnung und sind zugleich sehr konkret, da sie sich auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau ›nach Corona‹ beziehen. Das gilt ganz besonders für jenes Manifest, das einen Paradigmenwechsel hin zu einer ›neuen Normalität‹ fordert. Es beginnt mit folgendem Befund, der wie alle ähnlichen hier vertretenen Ansätze die Unvermeidlichkeit einer Veränderung der Machtverhältnisse konstatiert:

»Die tiefe weltweite Krise, die wir heute aufgrund des SARS-CoV-2-Virus erleben, ist ein Symptom der kranken Normalität, in der wir lebten. Die Virulenz dieser Krise wird durch ein Zivilisationsmodell verstärkt, das die Partikularinteressen über universelle Rechte stellt, Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert; das die Anhäufung von Reichtum durch wenige durch die Enteignung der vielen ermöglicht; und eine politische Kultur erzwingt, die Leben zerstört.« (Manifesto 2020)

Die Krise offenbare die »Dringlichkeit einer neuen Normalität«, die in dem folgenden Zehn-Punkte-Programm skizziert wird. Dieses Programm zeichnet sich vor allem durch seinen ganzheitlich-integrativen Blick aus: Es geht um ein neues Paradigma für eine menschengerechte Wirtschaft ebenso wie für eine partizipatorische Politik; mit Respekt vor der Natur und jeglicher Art des Lebens ebenso wie mit der Orientierung auf das Gemeinwohl; mit einem »Bildungsparadigma, das kritische Reflexivität, Zuneigung und Solidarität zwischen Völkern fördert«, wie auch mit einem neuen, umfassenden Verständnis von Gesundheit, mit der Akzeptanz unterschiedlicher Lebensstile, mit dem Prinzip der Gewaltfreiheit und einer Kultur des Friedens. Die geforderte »neue Normalität« beschränkt sich somit nicht auf die politische Sphäre, sondern weiß, dass es dazu auch einen tiefgreifenden kulturellen Wandel braucht. Einen Wandel, der den *Krieg gegen die Zukunft* (Blom 2020) beendet, unablässig an globaler Solidarität wirkt und somit Frieden mit der Zukunft schließt.

Dazu braucht es dreierlei: einen Wandel unseres Denkens und unserer Medien- und Bildungspraxis; einen sehr grundsätzlichen Paradigmenwechsel unserer Beziehung zur Natur, und schließlich die Wiedergewinnung des oft verloren gegangenen Glaubens an die Möglichkeit einer Veränderung, der nur aus einer solidarischen Einstellung zu den Mitmenschen wieder erwachsen kann. Um diese drei Themen wird es im letzten Abschnitt dieser Publikation gehen.

